

EDITORIAL

Liebe Jusos,

ich freue mich, euch hiermit den neuen EIVER ankündigen zu dürfen.

Ein halbes Jahr noch bis zu den Landtagswahlen und – wer hätte es gedacht – die SPD hat wohl mal wieder auf die falschen Themen gesetzt, im Gegensatz zu den Grünen: Der Protest gegen Stuttgart 21 mobilisiert Zehntausende und nicht nur unmittelbar Betroffene Stuttgarter fühlen sich von der Politik ein Mal mehr im Stich gelassen. Die Kosten für das Großprojekt steigen fast täglich, genau wie die Zahlen der Demonstranten, die nicht nur gegen die Abholzung von 300-jährigen Bäumen und den Abriss des historischen Bahnhofs auf die Straße gehen, sondern auch weil sie sich von den Politikern übergangen fühlen. Die Menschen wollen die Zukunft Stuttgarts mitbestimmen, aber der Gemeinderat verweigerte einen Volksentscheid. Und Sprecher dieses umstrittenen Projektes ist MdL Wolfgang Drexler, SPD. Und dass die SPD Stuttgart 21 (bislang) unterstützt, scheint bei vielen Wählern nicht unbedingt gut anzukommen. Dafür legen die Grünen, welche gegen Stuttgart

21 mobil machen, bei Umfragen zu und ziehen mit uns gleich. Eine rot-grüne bzw. grün-rote Mehrheit wäre uns demnach sicher.

In einem halben Jahr kann aber noch viel passieren, deshalb lasst uns einen engagierten Wahlkampf führen!

Mit solidarischen Grüßen,

Marissa Dietrich

DAS ENDE DER TARIFEINHEIT?

Das Timing hätte kaum besser sein können; kurz bevor der Juso-Landesausschuss über den Antrag der Juso AG Schwetzingen über die gesetzliche Verankerung der Tarifeinheit zu entscheiden hatte, erklärte der 10. Senat des Bundesarbeitsgerichtes (BAG) in Erfurt, dass er am Grundsatz der Tarifeinheit nicht festhalten würde. Damit ist der Weg für den 4. Senat frei, den Grundsatz abzuschaffen.

Dazu eine kleine Geschichte: In Deutschland sind die großen Gewerkschaften traditionell als Industrieverbandsgewerkschaften organisiert. Das bedeutet, dass die Gewerkschaften nicht nur für bestimmte Berufsgruppen Tarifverträge abschließen, sondern für alle Arbeitnehmer ei-

nes Betriebes in der betreffenden Branche. So gilt der Tarifvertrag der IG Metall auch für die Mitarbeiter der hauseigenen Kantine eines Unternehmens der Metall-/Elektroindustrie. Der Geltungsbereich des Tarifvertrages ist also umfassend. Auch die Arbeitsverträge der gewerkschaftsfreien Arbeitnehmer verweisen in aller Regel auf die Tarifverträge. Somit umfassen Tarifverträge einer DGB-Gewerkschaft in der Regel alle Arbeitnehmer eines Betriebes (von außertariflichen, meist leitenden Angestellten, einmal abgesehen).

Nun ist seit einiger Zeit in einigen Berufsgruppen der Trend zu beobachten, dass diese mit den Einheitstarifverträgen der DGB-Gewerkschaften nicht zufrieden sind. Berufsgruppengewerkschaften haben sich neu gegründet oder bereits existierende sind stärker geworden; jedenfalls treten immer mehr tarifpolitisch selbstständig auf und versuchen, für ihre eigenen Mitglieder günstigere Bedingungen herauszuholen. Piloten, Lokführer und Ärzte sind nur einige wenige Beispiele.

In den verschiedenen Branchen werden unterschiedliche Wege gegangen.

1. Bei den Fluggesellschaften wurden die Piloten aus dem Geltungsbereich der ver.di-TV ausgeklammert. Der TV mit der Pilotengewerkschaft Cockpit gilt nur für Piloten, der mit ver.di für alle anderen Arbeitnehmer.

2. Bei der Flugsicherung hat die Gewerkschaft der Flugsicherung die ver.di völlig verdrängt. Mittlerweile agiert die GdF als Industriever-

bandsgewerkschaft und schließt die TV für alle Arbeitnehmer, auch z.B. für die Verwaltung.

Diese beiden Fälle sind rechtlich und politisch unproblematisch, weil für jeden Arbeitsvertrag nur ein TV gilt. Problematisch ist es, wenn die kleinere Gewerkschaft einen TV abschließt und die größere nicht weicht. Dann kommen auf einzelne Arbeitsverhältnisse mehrere TV zur Anwendung.

Damit hat sich das BAG schon vor Jahrzehnten befasst und hat den Grundsatz der Tarifeinheit geschaffen. Es kann nur ein Tarifvertrag Anwendung finden. Das wäre im Zweifelsfall der, der auf die Bedingungen des einzelnen Arbeitsvertrages besser zugeschnitten ist: Ein Haus-TV sticht einen Verbands-TV und meistens auch einen Sparten-TV. Ob die angelegten Kriterien sinnvoll sind, kann bestritten werden. Ohne gesetzliche Regelung war das schon in grundrechtlicher Hinsicht immer sehr wackelig.

Jetzt gilt der Grundsatz nicht mehr. Die Folgen sind noch nicht absehbar. Die Befürchtungen gehen in zwei Richtungen:

- tariflich: Rechtsunsicherheit, welcher TV gilt; Notwendigkeit, die Gewerkschaftsmitgliedschaft offen zu legen; am schwersten wirkt aber die Befürchtung, dass starke Gruppen versuchen, sich selbst besondere Vorteile herauszuschlagen auf Kosten ihrer Kollegen (bspw. Lokführer ggü. Übrigem Bahnpersonal; Ärzte ggü. dem anderen medizinischen Personal); Spannungen zwischen Teilen der Belegschaft?

- arbeitskampfrechtlich: Wenn ein TV geschlossen ist, gilt für seine Laufzeit die Friedenspflicht; für tariflich bereits geregelte Forderungen

darf dann nicht gestreikt werden. Wenn nun eine neue Gewerkschaft, die noch keinen TV hat, einen haben will, gilt die Friedenspflicht nicht für sie. Sie könnte also wieder streiken. In Unternehmen mit vielen verschiedenen Gewerkschaften könnte sich der Arbeitgeber zeitlich versetzten Streiks aller Gruppen gegenüber stehen. Darunter hätten auch die Arbeitnehmer, die schon einen Tarifvertrag haben, zu leiden. Auch könnte es passieren, dass die Streiks aggressiver werden, weil alle Gewerkschaften versuchen würden, Mitglieder mit besseren Bedingungen für sich zu ködern.

All dies war in Großbritannien in den 70er Jahren weit verbreitet, weshalb die Briten den Grundsatz der Tarifeinheit gesetzlich einführten. Andere Ländern folgten in den letzten Jahren – in Deutschland wird er aber vorläufig gekippt.

Die Reaktionen auf den Beschluss des BAG waren vielfältig. DGB und Arbeitgeber stöhnten – eben wegen der oben genannten Befürchtungen – laut auf. Die Spartengewerkschaften jubelten. Einige freuten sich, dass das „Monopol“ des DGB gebrochen sei. Dazu ist freilich zu sagen, dass der DGB nie ein Monopol hatte. Unter Umständen können sich auch bei Geltung der Tarifeinheit die Spartentarifverträge durchsetzen.

Nun gibt es zwei sich gegenüberstehende Ansätze:

Einer wird z.B. von Prof. Franzen aus München vertreten. Franzen ist der Meinung, es müssten

einige Faktoren zusammenkommen, damit einzelne Sparten sich aus dem Tarifsysteem lösen und auf eigene Faust losschlagen. Diese Voraussetzungen seien nur bei ganz wenigen Berufsgruppen erfüllt. Außerdem verstoße die Tarifeinheit gegen Art. 9 des Grundgesetzes. Dieser Einwand ist nicht von der Hand zu weisen, wenn man bedenkt, dass mit Tarifeinheit für Gewerkschaftsmitglieder, die eigentlich einen TV haben, dieser TV uU nicht angewendet wird, was eigentlich ihr gutes Recht wäre.

Die Gegenposition vertritt z.B. mein eigener Chef, Prof. Maschmann. Als arbeitgebernaher Arbeitsrechtler stellt er eher die Gefahr der aufeinander folgenden Streiks durch verschiedene Gruppen, die jeder für sich den ganzen Betrieb lahm legen können, heraus, sieht aber auch große Gefahren für das Tarifvertragssystem in Deutschland und den sozialen Frieden. Ein kommunales Krankenhaus hat außer seinen Patienten keine Einnahmequelle. Wenn Ärzte hohe Gehaltserhöhungen für sich selbst erreichen, muss das zwangsläufig Sparmaßnahmen bei den Schwestern zur Folge haben. Auch besteht die Gefahr, dass alle Gruppen, die auch allein großen Druck ausüben könnten, sich eigenständig organisieren, wenn sie sehen, wie andere mit dieser Taktik Erfolg haben. Dann gibt es bald auch die Gewerkschaft der Kühlturmmitarbeiter im Atomkraftwerk. Dies ginge zwangsläufig zu Lasten der Gruppen, die durch Streiks allein keinen entscheidenden Druck ausüben - vor allem Geringqualifizierte. Ihnen käme ihr Arbeitskämpfungsmittel abhanden. Funktionseleiten würden auf dem Rücken ihrer Kollegen selbst profitieren.

Besteht die Gefahr, dass all dies eintritt? Es ist nicht sicher, aber die Gefahr ist meiner Meinung nach höchst real. Daher muss der bewährte Grundsatz gesetzlich festgeschrieben werden. Die Einschränkung der Koalitionsfreiheit ist meiner Meinung nach durch das Ziel, mein Horrorszenerario zu verhindern, gerechtfertigt. Ermutigend ist, dass sogar in der Union gefordert wird, eine gesetzliche Regelung schnell auf den Weg zu bringen. Nicht ermutigend ist die Überlegung, wer denn die wichtigste Lobbygruppe in der FDP ist: die Ärzte.

Bastian Jansen

JUSOS STRUKTURIEREN UND PROGRAMMIEREN SICH NEU

Am letzten Juli-Wochenende fand das traditionelle „Epfenbachseminar“ der Jusos Rhein-Neckar, in Zusammenhang mit einer Mitglieder-versammlung, statt.

Nachdem der bisherige Juso-Kreisvorsitzende Kristof Becker aus Zeitgründen zurückgetreten war, danken ihm die Jusos für seine engagierte und gute Arbeit. In der folgenden Neuwahl wurde Marissa Dietrich aus Mauer als neue Juso-Kreisvorsitzende gewählt. Die 19-jährige Abiturientin war auch vorher schon längere Zeit im Kreisvorstand der Jusos aktiv. In das nun frei gewordenen Amt der stellvertretenden Vorsitzenden wurde Daria Becker aus Hockenheim gewählt. Sie ist 16 Jahre alt und bisher schon als

stellvertretende Sprecherin der Juso-Schülergruppe Rhein-Neckar tätig. „Ich möchte mich nicht nur für Schülerthemen, sondern für die jungen Menschen allgemein engagieren.“, so die Schülerin.

Des Weiteren wurde das Arbeitsprogramm für 2010 beschlossen. So sollen in diesem Jahr die Themen Umwelt, Migration und Integration sowie Antifaschismus eine schwerpunktmäßige Rolle spielen. Aber auch vor Ort wollen die Jusos aktiv an Problemen arbeiten. „Die Arbeitswelt ist eine der wichtigsten Teilbereiche der Politik“, so Alex Leonhardt, Geschäftsführer der Jusos. „Deshalb wollen wir unseren Mitgliedern wieder die Möglichkeit geben, die Struktur und den Arbeitsablauf eines Betriebes kennenzulernen“. Dazu soll es eine Betriebsbesichtigung geben. Besonders stolz sind die Jusos auf die Wiederbelebung der Mitgliederzeitung „EIVER“, die sie in verschiedenen Abständen veröffentlichen. Und auch die Tradition der „Roten Weihnacht“ wird fortbestehen.

Besonders freuten sich die Jusos über den Besuch des stellvertretenden Juso-Bundesvorsitzenden Martin Margraf, der ein Kurzreferat über die Perspektiven des Wehr- und Zivildienstes hielt. Er sprach über die Geschichte der Wehrpflicht und erläuterte deren Sinn im Kalten Krieg, betonte jedoch, dass sie nach dessen Ende nicht mehr nötig sei. „Der Bürger in Uniform existiert heute nicht mehr“, so Margraf. Was den Zivildienst angeht, so gäbe es genügend junge Menschen, die ein freiwillig soziales Jahr absol-

vieren möchten. Er beklagte, dass in diesem Bereich durch Zivildienstleistende Jobs für normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verloren gehen. „Ich bin für die Abschaffung des Wehr- und Zivildienstes. Man müsste sich aber noch mehr Gedanken machen, wie es danach in diesem Bereich weitergehen soll“, so der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jusos. Im Anschluss an das Referat entstand eine angeregte Diskussion über dieses Thema.

Beim traditionellen „Epfenbachseminar“ begannen die Jusos, Vorbereitungen für den Landtagswahlkampf zu treffen. Gemeinsam mit Luisa Boos, Mitglied des Juso-Landesvorstands, sowie den Landtagskandidatinnen- und kandidaten aus den 4 Wahlkreisen Thomas Funk (Sinsheim), Hans-Jörg Jäckel (Wiesloch) und den Zweitkandidaten Renate Schmidt (Schwetzingen) und Sebastian Cuny (Weinheim) entwickelten sie Ideen für den bevorstehenden Wahlkampf. Aber auch der Spaß kam natürlich nicht zu kurz, wie beispielsweise bei der Party im Keller oder beim Grillen im Garten.

Daria Becker

JUSO-SCHÜLERINNENGRUPPE

Die im Februar in Juso Kreisverband Rhein-Neckar gegründete Juso SchülerInnengruppe (JSG) sucht weiterhin nach neuen Mitgliedern die aktiv mitwirken wollen. Willkommen sind alle Schülerinnen und Schüler unter den Jusos aber natürlich auch Nicht-Mitglieder. Die JSG

beschäftigt sich hauptsächlich mit Schul-/Bildungspolitik, aber auch mit anderen Themen die junge Menschen, direkt oder indirekt betreffen. Wir sind für alle Interessierten offen und freuen uns über jeden der bei uns mitmachen und mitarbeiten möchte.

Kontakt:

Dennis Grauer

01747442462

dennis.grauer@gmx.de

Impressum und Kontakt: Bastian Jansen, c/o Jusos Rhein-Neckar, Bergheimer Str. 88, 69115 Heidelberg, iver@jusos-rhein-neckar.de. Die hier veröffentlichten Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Jusos Rhein-Neckar wieder, sondern die Meinung des Verfassers.